

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 553 / 2013

Kiel, Donnerstag, 12. Dezember 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Bildung / Schulentwicklungspläne

Anita Klahn: Regionale Schulentwicklungspläne in kürzeren Intervallen fortschreiben

In ihrer Rede zu Top 18 (Landesweiter Schulentwicklungsplan) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Durch Schulentwicklungsplanung soll ein für die Zukunft regional ausgeglichenes Angebot an leistungsfähigen Schulen gesichert werden. Schulentwicklungsplanung soll Planungsgrundlagen, Orientierung sowie Perspektiven für das Schulangebot geben.

Da von all dem in der Politik der amtierenden Landesregierung wenig zu sehen ist, ist es nur allzu verständlich, dass die Piraten mit ihrem Antrag hier dringenden Handlungsbedarf sehen.

Den sehe ich bei dieser Landesregierung auch, ich möchte aber gleichwohl erklären, warum ein landesweiter Schulentwicklungsplan für alle Schulen dafür nicht das richtige Instrument ist.

Das kann ich an einem einfachen Punkt festmachen. Wir Liberale wollen die freie Schulwahl erhalten. Eltern müssen entscheiden können, welche Schule die richtige für ihr Kind ist und welche nicht. Die freie Schulwahl ist eine Errungenschaft, sie schafft Wettbewerb und macht unsere Schulen besser.

Schülerströme lassen sich so nur schwer – oder besser gesagt: gar nicht auf Landesebene dirigieren oder koordinieren. Auch bin ich gegen eine zentralisierte Schulentwicklungsplanung von Landesebene aus, die die bisherigen Pläne ersetzt und als Ergänzung zu den bestehenden Plänen brauchen wir sie nicht.

Ich möchte Ihnen statt eines landesweiten Schulentwicklungsplanes eine alternative Idee vorstellen, die vielleicht zielführender ist.

Bevor wir einen landesweiten Schulentwicklungsplan mit unklarer Zielsetzung und unklarer Aufgabenbeschreibung produzieren, der nie das halten kann, was sich die Piraten davon versprechen, sollten wir lieber die regionalen Schulentwicklungspläne in den Blick nehmen und gucken, was an diesem Instrument verbessert werden kann.

Meine Fraktion spricht sich dafür aus, dass in kürzeren Abständen regionale Schulentwicklungspläne, also sowohl bei den Schulträgern als auch auf Kreisebene, vorgelegt werden müssen. Auch sollte geprüft werden, ob die Parameter, die in den Plänen erhoben werden, noch weiter verbessert werden können.

Weitere Vorgabe sollte sein, dass es eine zwingende Absprache zwischen benachbarten Gemeinden, zwischen benachbarten Schulträgern geben muss – selbstverständlich auch über Kreisgrenzen hinweg.

Das ist in der Vergangenheit nicht überall gelungen. So gibt es Beispiele von, ich nenne es mal, ‚Gemeinschaftsschulclustern‘ im Raum Pinneberg, aber auch z.B. im Raum Flensburg oder in Stormarn, wo relativ viele Gemeinschaftsschulen nahe beieinander liegen.

In Zeiten zurückgehender Schülerzahlen stehen diese Schulen natürlich alle vor einem Problem, welches vielleicht durch eine bessere Schulentwicklungsplanung gar nicht erst entstanden wäre.

Deswegen unterstützt meine Fraktion die geplante Änderung an §48 des Schulgesetzes, welche durch das Anhörungsverfahren der Landesregierung in die Schulgesetznovelle gekommen ist und eine stärkere Berücksichtigung umliegender Schulträger bei der Planung vorsieht.

Zu überlegen wäre allein, ob diese Formulierung noch etwas verschärft werden kann, um die Verpflichtung zur Abstimmung zwischen den Schulträgern noch stärker zu verdeutlichen.

Ich frage die Piraten, was hilft uns eine landesweiter Schulentwicklungsplanung, wenn das Ministerium, die bereits jetzt vorliegenden Informationen nicht sinnvoll nutzt.

Ich bleibe bei dem von mir gemachten Beispiel. Was verschärft denn die Lage für die einzelnen Gemeinschaftsschulen noch weiter?

Es ist doch die Politik, unnötige weitere Oberstufen zu errichten und so Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe gegen die ohne Oberstufe auszuspielen.

Der Landesregierung ist bekannt, dass es keinen weiteren Bedarf für Oberstufen gibt, da ausreichend Kapazitäten an den bestehenden Gymnasien und berufsbildenden Schulen bestehen.

Das ist ausreichend dokumentiert, trotzdem werden auf Teufel komm raus neue Oberstufen errichtet und die begrenzten Ressourcen im Bildungsbereich unnütz vertan. Auch wenn wir einen landesweiten Schulentwicklungsplan hätten, würde sich daran bei dieser Regierung nichts ändern.

Wenn die Schulen einfach schlecht behandelt werden, so wie es z.B. den Gymnasien jahrelang widerfahren ist (Stichwort: schlechte Personalausstattung bei Lehrerwochenstunden, aber auch bei der Leitungszeit), dann nützt ihnen ein landesweiter Schulentwicklungsplan höchstens beim Heizen im Winter.

In dieser Bildungspolitik ist der ideologische Wurm drin und der muss weg, was anderes hilft nicht.“